

# Gemeinde- und Finanzreform

---

Beschlossen vom Kommunalpolitischen Beirat  
am 8. Februar 2003 in Berlin.

---

- 1.) Die katastrophale Situation der kommunalen Finanzen zwingt dazu, noch in diesem Jahr Weichenstellungen zur Neuordnung und Konsolidierung der Kommunalfinanzen in Deutschland vorzunehmen.
- 2.) Der Kommunalpolitische Beirat bekräftigt die Beschlusslage der VLK, wonach anstelle der bisherigen Gewerbesteuer eine mit einem kommunalen Hebesatzrecht versehene Beteiligung der Kommunen an der Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie eine erweiterte Umsatzsteuerbeteiligung treten soll.
- 3.) Um die Alternativvorstellungen der FDP und der VLK zur bisherigen Gewerbesteuer weiter zu konkretisieren, hält es der Kommunalpolitische Beirat für dringend erforderlich, alsbald fachliche Grundlagen zu folgenden Aspekten zu entwickeln:
  - Quantitative Auswirkungen einer solchen Reform, sowohl gegenüber dem Steuerzahler wie auch gegenüber den Kommunen,
  - Regionale Verteilungswirkung einer solchen Reform, insbesondere im Stadt-Umland-Verhältnis,
  - Steuertechnische Umsetzungsmöglichkeiten eines Hebesatzes für die Kommunen auf die Körperschafts- und Einkommenssteuer.
- 4.) Der Kommunalpolitische Beirat begrüßt die Einsetzung einer Kommission Liberale Gemeindefinanzreform durch die FDP-Bundestagsfraktion und fordert diese auf, alsbald die unter Ziffer 3.) aufgeworfenen Fragestellungen zu untersuchen.
- 5.) Der Kommunalpolitische Beirat unterstützt die Initiative des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zur Verankerung des Konnexitätsprinzips auch auf Bundesebene und erwartet auch von der FDP-Bundestagsfraktion ein kommunal-freundliches Verhalten.

6.) Der Kommunalpolitische Beirat bittet erneut darum, als kurzfristige Entlastungsmaßnahme zur Linderung der kommunalen Finanznot, dass die FDP-Bundestagsfraktion auf eine Absenkung der grundlos erhöhten Gewerbesteuerumlage auf das Niveau des Jahres 2000 drängt und entsprechende Gesetzgebungsinitiativen einbringt bzw. unterstützt.